



# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, den 11. Oktober 1885.

Nr. 474.

## Deutschland

Berlin, 10. Oktober. Der Bundesrath hielt gestern unter dem Vorsitz des Staatsministers, Staatssekretärs des Innern, v. Bötticher, eine Plenarsitzung ab. Die Vorlage betreffend die Abänderung des Statuts für das Institut für archäologische Korrespondenz, der Antrag Württemberg wegen Aufnahme der Cellulosefabriken in das Verzeichnis der genehmigungspflichtigen Gewerbeanlagen, der Antrag Badens betreffend den zollfreien Einlaß von Stabelfen zur Herstellung von auszuführenden Nägeln aller Art und der Antrag Lübeds betreffend die Zulassung von Privat-Transportwagen ohne amtlichen Mitverlaß für Ackerbau, butterartiges Lohröl und ölenartigen Honig, wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Sodann gelangten Eingaben von Privat- bezügl. der Zollbehandlung mehrerer Gegenstände zur Erledigung. Nachdem noch über den seiner Majestät dem Kaiser wegen Wiederbeziehung einer Mitgliedschaft bei dem Bundesamt für das Heimathwesen zu unterbreitenden Vorschlag Beschluß gefaßt worden war, erfolgte zum Schluß die Vorlegung von Eingaben verschiedenen Inhalts.

Berlin, 10. Oktober. Die „Post. Ztg.“ schreibt:

Die Rückwirkung der deutschfeindlichen Bewegung in Spanien auf die deutsch-spanischen Handelsbeziehungen hat sich bisher in ihrem wirklichen Umfange kaum schon zeigen können, da die eigentliche Geschäftszeit noch nicht begonnen hat. Schon jetzt kommen jedoch Warnungen aus Madrid an die deutschen Geschäftsreisenden, sich zu früh nach Spanien zu begeben, wenn sie sich in Anbetracht des spanischen National Charakters nicht in Gefahr bringen wollen, aus den Geschäftslokalen gewiesen zu werden, wie dies in San Sebastian vorgekommen ist. Wie der „Allgem. Ztg.“ geschrieben wird, beruhen besonders die Italiener die gegenwärtige Konstellation, um dem deutschen Handel Konkurrenz zu machen. Die Franzosen und Engländer fangen jetzt die Kampagne an, und bereits hat sich ermittelt lassen, daß es ausländischen Konkurrenten gelungen ist, dem deutschen Handel empfindlichen Schäden zu bereiten. Trotzdem ist nach den Eindrücken an Ort und Stelle nicht zu erwarten, daß derselbe wirklich große und ernste Dimensionen annehmen wird; denn der spanische Kaufmann muß seine Waaren daher nehmen, wo er sie am billigsten bekommt, und der deutsche Import wird sich, so weit Kurzwaaren, Spielwaaren, Spitzen und Bekleidungsartikel in Betracht kommen, in den nächsten Jahren voraussichtlich wieder heben. Viel bedenklicher ist es auf dem Gebiete des Großhandels, der in diesem Jahre wahrscheinlich noch keine Einbuße erleiden wird, der dagegen für die Zukunft außerordentlich bedroht erscheint. Es wird nämlich mit großem Eifer, besonders in Katalonien, aber überhaupt in allen großen Handelszentren und in den handelspolitischen Kreisen dahin gearbeitet, die Einfuhr englischer, hauptsächlich aber französischer und italienischer Waaren und Materialien, derart zu erleichtern, daß dadurch das Uebergewicht des deutschen Handels und der deutschen Industrie mindestens ausgeglichen, daß dieselben aber womöglich aus dem Felde geschlagen werden. Die Folgen dieser unter der Hand und still beschränkten Bewegung — die in Deutschland nicht geringfügig behandelt werden sollte — können zwar nicht sofort eintreten, sie werden später aber um so empfindlicher und verdrücklicher sein.

— Gegenwärtig ist die Bundesrathekommission für den Zollanschluß von Hamburg in letztgenannter Stadt versammelt, um über den Entwurf eines Regulativs für die Privatdächer zu beraten. Nicht ganz leicht dürften sich die Arbeiten bei der Feststellung der Normen, unter denen der Zollabfertigungsverkehr von und zu dem Freihafengebiet sich gestalten soll, erledigen lassen; indessen ist gegründete Hoffnung vorhanden, daß diese Bestimmungen in bald formellster Form werden. Das die Hafenbauten und sonstigen neuen Anlagen betrifft, welche mit dem Zollanschluß zusammenhängen, so werden sie seitens der Reichskommission für den Zollanschluß in den letzten Tagen im Wesen des Staatssekretärs im Reichsschatzamt, von Burckard, welcher gestern aus Hamburg nach Berlin zurückgekehrt ist, bestätigt,

und soll allgemein die Ueberzeugung gewonnen worden sein, daß der Zollanschluß zum bestimmten Termine, d. h. 1. Oktober 1888 würde erfolgen können.

— Zu den Ausweisungen russischer und österreichischer Unterthanen aus Deutschland schreibt man dem „B. Ztg.“ unter dem gestrigen Tage folgendes aus Breslau:

„Während es seit einigen Wochen auf dem Gebiete der Ausweisungen hier ziemlich still war, man sich vielfach der Hoffnung hingab, daß die Behörde von der Ausweisung der kaiserlich österreichischen Unterthanen Abstand nehmen würde, verbreitete sich heute Abend das Gerücht: im „Götterden Radeviertel“, einem namentlich von armen Juden bewohnten Stadttheil, seien heute über 100 Ausweisungen erfolgt. Leider bestätigt sich diese Nachricht! Unter den Ausgewiesenen, die theils österreichische, theils russische Unterthanen sind, befinden sich unter Anderen auch ein Barbier, der seit acht Jahren hier ansässig und mit einer Breslauerin verheiratet ist, und ein Galizier, dessen Anmeldung zum Gewerbe als Beschäftigter man vor vier Wochen noch ruhig annahm und die diesbezüglichen Steuern kassirte.

Die den Ausgewiesenen zugegangene Dreizehntel folgende Wortlaut:

„Es wird Ihnen eröffnet, daß Ihnen der Aufenthalt in dem diesseitigen Staate fernerehin nicht gestattet werden kann, demgemäß werden Sie aufgefordert, binnen 14 Tagen zur Vermeidung der zwangsweisen Fortschaffung Breslau und das preussische Staatsgebiet zu verlassen.

### Der Polizeipräsident.

Um den Reich der Ausweisungsmassregel gerührt und geschüttelt voll zu machen, müssen die armen Ausgewiesenen auch noch 25 Pfg. für die Dreizehntel bezahlen. Selbstredend hat diese neue Maßregelung hier sehr böses Blut gemacht, und zwar nicht nur in Zentrums- und Fortschrittlerkreisen, sondern auch bei den „Regierungsfreundlichen“, soweit sie von der Maßregel direkt, d. h. auf ihre Tasche, betroffen werden.

Wie ich Ihnen aus Grund besser Information versichern kann, sind denn auch der Regierung, dem Oberpräsidenten und dem Polizeipräsidenten zahlreiche Schreiben staatsfreundlicher Bürger dieser Stadt zugegangen, worin sich diese über die Folgen der Ausweisungen beklagen. In den meisten Fällen wird ja der Verurtheilte, der einen Russen oder Österreicher als Miether hat, von des letzteren Ausweisung viel schlimmer betroffen, als dieser selbst.

Die Oberbehörde hat in Folge dieser Klagen und Beschwerden den Beschluß gefaßt, vor der Hand nur die armen Russen und Österreicher auszuweisen, den hier fest Angehörigen aber erst bis zum 1. April zu gewähren oder auf sie die Ausweisungsmassregel erst gar nicht in Anwendung zu bringen. Es hierauf bezüglichen, wesentlich „milde“ Restrikt ist vor wenigen Tagen den unteren Organen zugegangen.

Als Beweis, wie schädlich für die diesseitigen Handelskreise die Ausweisungen sind, lassen Sie mich am Schlusse meiner Korrespondenz noch ein eklatantes Beispiel melden. Eine hiesige bedeutende Dachpappefabrik stand seit einer Reihe von Jahren mit einem Kaufmann in R. . . . in der Provinz Posen in Verbindung. Vor zwei Monaten bestellte der Kunde einen Waggon Dachpappe unter Aufgabe besser Qualität. Die hiesige Fabrik effektuierte und fakturierte mit ca. 1200 Mark. Da die Besitzer von jenem Abnehmer stets umgehende Regulierung gewohnt waren, so mahnten sie, als nach 14 Tagen keine Kasse einging. Der Mahnbrief kam als unbeachteter Retour und eine Reuegehe bei der Polizeibehörde in R. . . . ergab, daß der Angeklagte seit 5 Tagen ausgewiesen sei und jetzt in Rußland lebe. Die empfangene Dachpappe hatte er vor der Abreise noch schnell für den halben Preis veräußert.

— Zur Angelegenheit des Reichs der deutschen Postämter in London und Paris schreibt man dem „Hamburger Nachrichten“ aus Hannover:

„Das in den Zeitungen augenblicklich mehrfach kolportirte Gerücht, daß der Graf Münster seinen Botschafterposten zu London mit dem zu Paris vertauschen werde, begegnet in den hiesigen

nahen Bekannten- und Verwandtenkreisen des Botschafters sehr ungünstigen Ohren. Jedermann weiß, wie schwer es dem Grafen würde, England, mit dessen Hof und Aristokratie seine Familie die nächsten Beziehungen verknüpfen, verlassen zu müssen, und Niemand glaubt hier daran, daß er es thun würde. Man erinnert mit Recht daran, daß Graf Münster seiner Zeit, als Graf Bismarck in politischer Mission nach England geschickt worden war, dadurch keineswegs angenehm berührt worden ist, indem man mehr oder weniger eine Zurücksetzung des älteren Diplomaten darin sehen konnte, daß er aber trotzdem auf seinem Posten blieb. Gerade die eigene Vorliebe Graf Münsters für England, die noch durch das wenig angenehme Verhältniß, welches zwischen ihm und den hiesigen weltlichen Aristokraten besteht, gesteigert worden ist, sowie seine Beziehungen zum englischen Adel und endlich sein enormer Reichthum haben ihn seiner Zeit für den Londoner Gesandtschaftsposten besonders acceptabel gemacht. Man bedenke, daß gerade die Londoner Gesandtschaft von seinem Träger ganz besondere Nebenlofen fordert, daß also ein sehr bedeutendes Privatvermögen derselben unbedingt notwendig ist. Man wird kaum einen in jeder Beziehung so passenden Vertreter finden, wie Münster ist, und das wird wohl ausschlaggebend sein. In Frankreich hat Graf Münster aus der preussischen Zeit gar keine Beziehungen. Ebenso zweifelhaft aber erscheint es, daß Graf Bismarck nach Paris gehen wird. Wer Paris kennt, weiß, daß der Name Bismarck wie ein rothes Tuch auf den Franzosen wirkt, und schon aus diesem Grunde wird der Reichskanzler den Botschafterposten in Paris sicherlich nicht mit seinem Sohne besetzen. Einen Nachfolger für Hohenlohe zu finden, ist um so schwerer, je beliebter derselbe in Paris war. Wie oft haben wir in Paris von enragirten Franzosen die begeisterten Lobpreisungen dieses in der That einzigen Mannes gehört, der an Zuverlässigkeit und Lebenswürdigkeit fast Franzosen geworden war.

— Über den Protest des Herzogs von Cumberland gegen den von der Regierung in Braunschweig auszuführenden Bundesrathsbeschluß geht der „Nat.-Ztg.“ folgende Meldung zu:

Frankfurt a. M., 9. Oktober. Die „Frankf. Ztg.“ veröffentlicht den Wortlaut des Protestes des Herzogs von Cumberland gegen den Bundesrathsbeschluß in Sachen Braunschweigs und eines gleichzeitig an die deutschen Fürsten und freien Städte gerichteten Schreibens. In ersterem, datirt 22. Sept. von dem braunschweigischen Staatsministerium gerichteten Schriftstück führt der Herzog aus, daß die Verletzung seiner Regierung des Reichsgrundes entbehre. Einen solchen zu geben oder zu erlassen, sei auch der außerordentlich reichverfassungsmäßigen Zuständigkeit gefaßte Beschluß des Bundesraths unermessend, da das souveräne Fürstenthum der deutschen Einzelstaaten von solchen Beschlüssen unabhängig stehe. In dem zweiten Schreiben erläßt er einen ähnlichen Protest und bemerkt: er vermöge nicht zu erkennen, inwiefern er sich zu Preußen in einem, dem reichsverfassungsmäßig gewährleisteten Frieden unter Bundesmitgliedern widerstehenden Verhältnisse befinden solle. Er erkläre ferner, den Reichsanspruch auf Hannover nicht aufgeben zu haben, hält diesen Vorbehalt aber mit der Anerkennung der Reichsverfassung für vereinbar. Er habe diesen Reichsanspruch in einer den Frieden störenden Weise geltend zu machen nie beabsichtigt, sei sich auch der Pflicht bewußt, wenn er die Regierung eines Bundesstaates führe, solche Ansprüche nur auf den der Reichsverfassung entsprechenden Wegen geltend machen zu dürfen.

— Aus Wilhelmshafen wird dem „B. Z.“ geschrieben:

„Bislang wurde in den gestrigen Abendstunden in unserer Stadt das Gerücht kolportirt, daß von der Besatzung der verschollenen Kreuzer Korvette „Augusta“ inzwischen auf der Insel Berim, von welcher bekanntlich die letzten Nachrichten der „Augusta“ herrühren, ein Matrose von der Matrosen-Division aufgetaucht sei, welcher durch einen Zufall von dem traurigen Schicksal seiner übrigen Kameraden und Vorgesetzten verschont geblieben sein soll. Nach dem erwähnten Gerücht soll der betreffende Matrose bei einer am Abend vor dem

Verlassen von Berim stattgehabten Beurlaubung in Folge übermäßiger Trunkenheit von Bord ferngeblieben sein, so daß die „Augusta“ wahrscheinlich in der Annahme, daß der Matrose desertirt sei, ohne ihn die Weiterreise fortsetzte. Nach dem Gerücht soll der Betreffende sich bereits auf dem Transporte nach hier befinden. Da eine amtliche Bestätigung zutreffenden Falles sehr bald erfolgen wird, so ist dieses Gerücht vorläufig allerdings mit Reserve aufzunehmen. Dennoch scheint mir dasselbe erwähnenswerth, da sogar der Name des Mannes genannt sein soll, welchen ich leider noch nicht habe erfahren können.

Es wäre sicherlich eine merkwürdige Fügung, wenn hier ein Vergehen gegen die Disziplin die Rettung eines Menschenlebens ermöglicht hätte.

— Auf Anordnung der kaiserlichen Marine-Station der Nordsee zu Wilhelmshafen werden wegen des Verlustes der Besatzung S. M. S. „Augusta“ daselbst Trauergottesdienste abgehalten, und zwar hat ein solcher Gottesdienst gestern Vormittag für die Mannschaften katholischer Konfession in der katholischen Kirche zu Bant stattgefunden, während am Sonntag ein gleicher Gottesdienst für die evangelischen Mannschaften in der dortigen Elisabethkirche abgehalten wird. An beiden Tagen wird während der Kirchzeit auf den Gebäuden der Marine Halbstock geslaggt.

— Nach einer aus Moskau zugegangenen Meldung hatten die aus Bulgarien in den Jozgarer Kreis entflohenen Emigranten bei Ljupovo-Kamen einen Zusammenstoß mit der serbischen Gendarmenrie, flüchteten aber nach einigen Flintenschüssen. Einige derselben hatten Tags zuvor den Bezirks-Schreiber Antic nach muthiger Gegenwehr gefangen genommen, denselben aber später wieder freigelassen, worauf sie auf dem Berge Jam und der Besta Entschloß errichteten, welche in geeigneten Momenten angezündet und als Signal über die Grenze dienen sollten. Die Emigranten ermordeten den Ortsobersten von Ljupovo und schickten sich auch an, an den übrigen Ortsbehörden Gewaltthatigkeiten zu verüben; es wurden jedoch die strengsten Maßregeln zu ihrer Verfolgung angeordnet und nach den neuesten Meldungen ist deren Position von der Gendarmenrie bereits vollständig umzingelt.

— Die „Evening Post“ von New York enthält einen aus Boston, dem Sitz der amerikanischen Missionsthätigkeit, datirten längeren Artikel, worin ausgeführt wird, daß protestantische Missionare aus Nordamerika auf den Karolinenseln seit langer Zeit eine ausgedehnte Wirksamkeit entfaltet hätten. Einer der Leiter derselben habe dem amerikanischen Staatssekretär Bayard eine Karte der Inseln vorgelegt, auf welcher 40 kirchliche Stationen dieser Mission verzeichnet waren; er habe Herrn Bayard auseinandergesetzt, daß die Spanier sich niemals um die Inseln gekümmert hätten, daß aber die erste Folge der Anerkennung ihrer Souveränität über dieselben die Zerstörung der protestantischen Missionen sein würde; die amerikanischen Missionäre wünschten in erster Reihe, daß die Inseln unabhängig blieben, würden aber, wenn dies nicht zu erreichen sein sollte, die deutsche Herrschaft bei weitem der spanischen vorziehen. Der Staatssekretär Bayard versprach, durch den amerikanischen Gesandten in Berlin die ihm mitgetheilten Thatfachen zur Kenntniß der deutschen Regierung bringen und durch denselben nach Möglichkeit darauf hinwirken zu lassen, daß bei dem Abkommen mit Spanien die Rechte der amerikanischen Missionäre wahrgenommen würden.

## Ausland.

Paris, 8. Oktober. Es handelt sich jetzt darum, den Wählern einzureden, daß, was auch unter der Republik geschehen, es dennoch ihre erste patriotische Pflicht sei, für die Republikaner zu stimmen. Ranc legt dies jedem echten Franzosen sogar als Pflicht auf: dem Volke der gemeinsamen Sache müsse man Opfer bringen! Dieses Wohl kommt natürlich zunächst Ranc und Genossen zu Gute. Auch Clemenceau eifert in der „Justice“ für strenge Mannszucht, der kein Republikaner sich entziehen dürfe: „Es muß überall gehorcht werden!“ Mit derselben Strenge gegen „Rappel“ und „XIX. Siècle“ den Wählern zu Leide. Der „Temps“ ist so dummköpfig, den Wählern, die für die Monarchie gestimmt haben, zu erklären, sie hätten doch sicher nicht ge-



